

SITZUNG VOM

8 Juni 1998

PROTOKOLL

der 3. Sitzung

Datum: Montag, 8. Juni 1998
Zeit: 19.00 bis 21.50 Uhr
Ort: Singsaal Lättenwiesen
Vorsitz: Ratspräsident Daniel Trachsler
Protokoll: Roger Würsch
Anwesend: 33 Mitglieder
Abwesend: Elsbeth Gerber
Desirée Hanimägi (Ferien)
Brigitte Schwyzer (Schwangerschaft)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 2. Sitzung vom 4. Mai 1998
3. Interpellation Pia Bättig (GV) und Mitunterzeichnende "Autobahnüberdeckung N11 Flughafenautobahn/Lärmschutz" - Begründung
4. Postulat Walter Dietrich (NIO) und Mitunterzeichnende "Gegen übermässigen Fluglärm - für mehr Lebensqualität" - Begründung
5. Projektgenehmigung und Kreditbewilligung für die Sanierung und Erneuerung des Stadthauses Opfikon
6. Nachtragskredit von Fr. 47'000.-- für die Schulwegsicherung Oberhauserstrasse/ Kirchensteig
7. Genehmigung der Rechnung der Stadt Opfikon für das Jahr 1997



SITZUNG VOM

8 Juni 1998

1. Mitteilungen**1.1 Absenzen aus dem Stadtrat****V 4.3.1**

Entschuldigt ist Werkvorstand Werner Brühlmann, welcher einen Nerv im Rücken eingeklemmt hat. Daniel Trachsler wünscht ihm gute Besserung.

1.2 Fristverlängerung bei parlamentarischen Vorstössen**V 4.3.2**

Das Büro hat beschlossen, Fristverlängerungen weiterhin dem Gemeinderat zur Bewilligung vorzulegen

1.3 Weiterbildung**V 4.3.2**

H.R. Thalmann ist bereit, im Frühjahr 1999, eine Aus- und Weiterbildung mit dem Gemeinderat zu machen. Damit 1998 auch etwas geschieht und den neuen Ratsmitgliedern ein Hilfsmittel mit auf den Weg gegeben wird, empfiehlt Ratspräsident Daniel Trachsler das Buch "Erfolgreich in der Gemeinde". Im Rahmen des Weiterbildungskredites wird das Buch interessierten Ratsmitgliedern abgegeben. Eine Bestelliste zirkuliert.

1.4 Fragestunde**V 4.3.2**

Ratspräsident Daniel Trachsler informiert, dass am 28. September 1998 eine Fragestunde stattfinden soll. Fragen sind bis zum 24. August 1998 einzureichen, damit der Stadtrat genügend Zeit zur Vorbereitung hat. Informationen folgen im letzten Versand vor den Ratsferien.

1.5 Stimmenzählung**V 4.3.1**

Brigitte Schwyzer ist abwesend; die Tische werden wie folgt aufgeteilt:

Werner Erni (FDP): CVP, FDP, FP und SVP

Thomas Zähler (SP): EVP, GV, SP, NIO und Büro

1.6 Besuch aus Chaslav**V 4.3.1**

Ratspräsident Daniel Trachsler erwähnt, dass heute Abend die Ankunft einer Delegation aus unserer tschechischen Patengemeinde Chaslav erwartet wird. Es kann sein, dass sich der Stadtpräsident und der Stadtschreiber kurzfristig verabschieden müssen.



SITZUNG VOM

8. Juni 1998

1.7 Eingegangene Post

V 4.3.1

- Protokoll der 2. Bürositzung vom 25. Mai 1998
- Geschäftsliste per 27. Mai 1998
- SR-Beschl.-Nr. 129 - SR-Delegation und -Nomination für ZPG
- SR-Beschl.-Nr. 139 - Stellungnahme zum Flughafenfest
- Orientierung SR über personelle Wechsel im Bauamt
- Parlament 2/98

2. Protokoll der 2. Sitzung vom 4. Mai 1998

Andreas Gadmer (FDP) erklärt, dass die Beschlussformulierung auf S. 28 (Wahlbüro) nicht korrekt ist, da die IFK 50 Mitglieder vorgeschlagen hat und der Vorschlag um ein Mitglied vermehrt wurde. Im weiteren ist der Vorname von Frau Kofmehl nicht Rita, sondern Erika.

Das Protokoll wird mit diesen Änderungen genehmigt und verdankt.

3. Interpellation Pia Bättig (GV) und Mitunterzeichnende "Autobahn-überdeckung N11 Flughafenautobahn/Lärmschutz" U 1.1.2

Pia Bättig (GV) begründet die von ihr und Mitunterzeichnenden eingereichte Interpellation (liegt schriftlich vor). Der Stadtrat hat diese nun innert drei Monaten schriftlich zu beantworten.

4. Postulat Walter Dietrich (NIO) und Mitunterzeichnende "Gegen übermässigen Fluglärm - für mehr Lebensqualität" - Überweisung U 1.1.2

Walter Dietrich (NIO) kann die Ansicht des Stadtrates, dass sein Postulat durch das Postulat der GPK weitgehend abgedeckt wird, nicht teilen, da das GPK-Postulat keine konkrete Massnahmen verlangt und auch keine Ziele setzt. Die Hände dürfen zum heutigen Zeitpunkt nicht in den Schoss gelegt werden. Die Volksinitiative mit gleichem Inhalt wurde innert kürzester Zeit von über 300 Personen unterzeichnet. Auch mit diesem Hintergrund ersucht er den Rat, sein Postulat zu überweisen.



SITZUNG VOM

8. Juni 1998

Luzia Höchli (SP) bedankt sich zuerst beim Stadtrat für seine klare Stellungnahme an den Flughafen gegenüber dem geplanten Concordestart. Gleichzeitig ist sie enttäuscht über die Zustimmung anderer Schutzverbandsgemeinden. Die SP unterstützt das Postulat, da es als wichtig erachtet wird, dass die negativen Auswirkungen überprüft werden. Der integrierte Kredit gibt dem Stadtrat die Möglichkeit rasch zu agieren und zu reagieren.

Hans Zolliker (EVP/GV) versteht die zum Teil kritische Haltung zum Postulat. Er plädiert jedoch trotzdem für Überweisung, da die ganze Situation zur Zeit recht unberechenbar ist (z.B. Privatisierung). Diese Zustimmung soll nicht heissen, dass die Fraktion den Eindruck hat, der Stadtrat sei zuwenig aktiv. Dies ist nicht der Fall. Der Stadtrat soll mit der Überweisung in seinen Bemühungen unterstützt werden.

Im Gegensatz zur SP bedauert Ernst Schmid (CVP), dass die Concorde nicht in Zürich startet. Auch der Jugend wird so ein technischer Meilenstein vorenthalten. Der Stadtrat ist in der Thematik sehr aktiv (fast zuviel: Proteststand am Flughafenfest), er zeigt, dass er die Situation ernst nimmt. Mit weiteren Postulaten wird nur zusätzlich Papier aufgebaut. Die Punkte 1-6 sind nicht nötig, der Punkt 7 ist ein Kredit ins Leere. Die CVP unterstützt deshalb die Nichtüberweisung.

Valentin Perego (FDP) beurteilt das eingereichte Postulat als ein Endlospostulat. Kaum ein Punkt gilt irgendwann als erfüllt oder nicht erfüllt. Zudem glaubt er kaum, dass das Volk ein Kredit ins Blaue in der Höhe von Fr. 1,3 Mio. unterstützen würde. Mit der Nichtüberweisung sieht er nicht, dass der Stadtrat nicht weiterhin aktiv sein soll (und wird). Das Postulat wird dafür aber nicht gebraucht.

Bruno Maurer (SVP) teilt diese Meinung. Der Stadtrat ist kreativ und hat das Vertrauen der SVP. Die vorhandenen Mittel genügen.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger erklärt, dass der Stadtrat in der Zielsetzung im ganzen Rat Einigkeit spürt. Er wird sich weiterhin mit allen Mitteln gegen den Lärm einsetzen. Finanzielle Mittel werden gezielt beantragt, wenn sie benötigt werden. Um einen unnötigen, weiteren Papierkrieg zu vermeiden, ist der Stadtrat froh, wenn nur ein Postulat vorhanden ist. Er erachtet diesen Vorstoss zur Zeit nicht als nötig.

Priska Brühlhart (NIO) ist der Ansicht, dass die Fr. 130'000.-- kein Schuss ins Blaue sind. Der Betrag entspricht weitgehend den für 1998 beantragten Finanzmitteln. Mit dem Nachtragskreditverfahren verliert der Stadtrat unter Umständen Zeit. Es ist durchaus denkbar, dass er im Zusammenhang mit der Privatisierung rasch reagieren muss. Mit dem Postulat werden ihm die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.



SITZUNG VOM

8. Juni 1998

Valentin Perego (FDP) präzisiert, dass mit der Überweisung noch kein Kredit bewilligt ist. Der Stadtrat hätte zuerst das Postulat zu beantworten und einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Das Wort wird nicht weiter erwünscht, in der Abstimmung wird die Überweisung mit 19:14 Stimmen abgelehnt.

4. Postulat Walter Dietrich (NIO) und Mitunterzeichnende "Gegen übermässigen Fluglärm - für mehr Lebensqualität" - Überweisung
-

U 1.1.2

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Beschluss des Stadtrates vom 31. März 1998 und die heutigen Beratungen -

BESCHLIESST:

1. Das Postulat wird nicht an den Stadtrat überwiesen.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Gesundheits- und Umweltvorsteherin
 - Abteilung Gesundheit und Umwelt
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

8. Juni 1998

5. Projektgenehmigung und Kreditbewilligung für die Sanierung und Erneuerung des Stadthauses Opfikon

L 2.2.3

Auf Antrag der RPK wird eine Eintretensdebatte durchgeführt.

Eintretensdebatte

RPK-Präsident Fritz Stoll erklärt, dass die RPK das Geschäft in mehreren Sitzungen mit den Verantwortlichen (Stadtrat, Verwaltung, Bauleitung) diskutiert hat. Es stand fest, dass das Geschäft unter grossem Zeitdruck steht, aber auch politisch brisant ist. Aus diesem Grund wurden schon früh die Meinungen aus den Fraktionen eingeholt. Politisch umstritten ist das Splitting in "gebundene Ausgaben" und "nicht gebundene Ausgaben". Mit diesem Fall wird - je nach Interpretation - der Volkswille umgangen. Zudem ist das Investitionsbudget in den nächsten Jahren überstrapaziert. Trotzdem ist die RPK der Ansicht, dass die positiven Aspekte überwiegen. Die Befürwortung ist ein Entscheid der Vernunft, kann jedoch nicht als Präjudiz für die Zukunft bei ähnlich gelagerten Vorlagen verstanden werden. Der Rat würde dies nicht mehr akzeptieren. Mit einer Rückweisung müsste unbedingt gerechnet werden. Die RPK beantragt Eintreten.

Liegenschaftenvorsteherin Regina Bühner hat Verständnis für diese Voten. Sie ist auch der Ansicht, dass mit gebundenen Ausgaben sorgfältig umgegangen werden muss. Die aussergewöhnliche Situation ist jedoch ein guter Grund für dieses Vorgehen.

CVP-Sprecher Kurt Schwaighofer plädiert für Eintreten. Das ursprünglich sehr grosszügige Projekt ist jetzt auf eine machbare Lösung zusammengeschrumpft. Das Stadthaus ist auch eine Visitenkarte der Gemeinde. Private sind den gesetzlichen Auflagen nachgekommen, dies sollte nun auch die Stadt machen. Das Projekt ist keine Luxuslösung und wird deshalb unterstützt.

Andreas Gadmer (Sprecher der FDP) stört sich an drei Punkten.

1. Gebundene Ausgaben. Erweiterung ist keine "gebundene Ausgabe". Eine Aufteilung ist eigentlich in Ordnung. Der Teil der gebundenen Ausgabe ist jedoch sehr hoch ausgefallen.
2. Der zeitliche Druck wäre nicht unbedingt nötig. Ein Subventionsanteil von 10% könnte bei dieser Bausumme durch sorgfältiges Planen durchaus mit Einsparungen übertroffen werden.
3. Der fehlende Volksentscheid. Das Volk hat zur letzten Vorlage nein gesagt. Daher sollte es eigentlich auch jetzt dazu Stellung nehmen können. Trotzdem ist die FDP für Eintreten.



SITZUNG VOM

8 Juni 1998

Heinrich Eberhard (SVP) erklärt, dass auch seine Fraktion für Eintreten ist, jedoch ohne Begeisterung. Die SVP ist der Ansicht, dass der Kredit um rund Fr. 200'000 -- gekürzt werden könnte. Mit guten Kombinationen ist das Sparpotential vorhanden. Die SVP geht davon aus, dass der Stadtrat im Rahmen der Vergaben dem Willen zum Sparen nachgehen wird. Störend ist im weiteren, dass in der Objektbaukommission keine "Nichtbenützer" waren, welche ein weiteres Gedankengut hätten einbringen können. Neben dem Büro für den Stadtpräsidenten, wäre durchaus auch ein Büro für die anderen Stadträtinnen und Stadträte angesagt.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Fritz Stoll (RPK-Präsident) beantragt im Namen der RPK (mit 5 zu 0) den Kredit zu genehmigen. Im Zusammenhang mit dem Feuerwehr- und Werkgebäude liegt eine Sanierung des Stadthauses auf der Hand, die Marktsituation ist günstig, die Vorlage ist notwendig und sinnvoll. Leider lässt der Zeitdruck keine Optimierung des Projektes zu. Die RPK ist jedoch überzeugt, dass der Stadtrat bereit ist, eine kostenoptimale Lösung zu realisieren. Unter Berücksichtigung der Subvention, der Rückführung der Polizei und der seit einiger Zeit aufgeschobenen Arbeiten kommt das Netto-Investitionsvolumen (rein theoretisch) unter Fr. 1.5 Mio.

Stadträtin Regina Bühler dankt der RPK für die rasche Arbeit. Sie versichert, dass der Sparauftrag ernst genommen wird. Das Projekt enthält keinen Luxus und bringt - als kleines Zuckerchen - auch dem Gemeinderat etwas. Ein neues Aktenauflagezimmer steht zur Verfügung und der öffentlich zugängliche Kaffeeraum kann für Besprechungen genutzt werden.

Kurt Schwaighofer (CVP) hat Verständnis für den gewählten Weg und unterstützt den Kredit. Er hofft, dass das einheimische Gewerbe berücksichtigt wird.

Jörg Mäder (NIO) erkundigt sich, ob Berechnungen gemacht wurden, in welchem Umfang die neue Isolierung zu Einsparungen bei den Heizkosten führen wird. Stadträtin Regina Bühler erklärt, dass dies nicht gemacht wurde.

Barbara Staeger (EVP/GV) unterstützt das Projekt auch, hat jedoch noch drei Fragen:

1. Wurden auch andere Architekturbüros in Betracht gezogen?
2. Ist ein Warteraum für das Sozialamt vorgesehen?
3. Wie ist die Situation um die Sicherheit zu beurteilen (z.B. grosse Fenster im UG)?



SITZUNG VOM

8 Juni 1998

Stadträtin Regina Bühler erklärt, dass keine weiteren Architekten in Betracht gezogen wurden. Dies kommt daher, dass das Büro Dachtler seinerzeit als Wettbewerbsgewinner hervorgegangen ist und die Planung für das Stadthaus - auch aus Zeitdruck - fliessend geschah. Als Aufenthaltsraum - auch für Gäste des Stadthauses - gilt der Kaffeeraum. Die Fenster können bis zum Boden geschlossen werden. Kontrollrundgänge gehören zu den Pflichten des Abwärts.

Stadtrat Jacques Mettler ergänzt, dass dem ganzen Sicherheitsgedanken - auch für das Personal - grosse Aufmerksamkeit gegeben wird. Belästigungen und Bedrohungen nehmen zu. Dies ist mit ein Grund, dass die Polizei zurückgeführt wird. Beim Sozialamt werden Punkt zu Punkt Verbindungen geprüft. Zudem wird eine Lösung gesucht, um im 3. Stock ein Warteraum zu realisieren.

Auch Sozialvorstand Erich Klaus bestätigt diese Aussagen. Der Sicherheitsaspekt ist sehr wichtig. Die Stadt lässt sich in diesem Bereich auch beraten.

Der Kredit wird ohne Gegenantrag genehmigt.



SITZUNG VOM

8 Juni 1998

- 5 Projektgenehmigung und Kreditbewilligung für die Sanierung und Erneuerung des Stadthauses Opfikon

L 2.2.3

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 27. Januar 1998 und der Rechnungsprüfungskommission vom 12. Mai 1998 -

BESCHLIESST:

1. Das Sanierungsprojekt für das Stadthaus wird genehmigt.
2. Der detaillierte Kostenvoranschlag für die Sanierung und Erneuerung des Stadthauses wird genehmigt. Von den Gesamtkosten im Betrage von Fr. 2'879'000.--, aufgeteilt in gebundene und nicht gebundene Kosten, wird Kenntnis genommen. Der erforderliche Kredit im Betrage von Fr. 1'051'000.-- als nicht gebundene Ausgabe wird bewilligt.
3. Die Kreditsumme erhöht oder ermässigt sich im Rahmen der Baukostenentwicklung zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. Oktober 1997) und der Bauausführung. Der Teuerungsnachweis ist nach der Weisung Nr. 6 des kantonalen Hochbauamtes und des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) vom 8. November 1984 zu berechnen.
4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel für die Finanzierung der Bauten auf dem Darlehensweg zu beschaffen.
5. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Objektbaukommission
 - Finanzverwaltung
 - Liegenschaftenverwaltung
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

8. Juni 1998

6. Nachtragskredit von Fr. 47'000.- für die Schulwegsicherung Oberhauserstrasse/Kirchensteig S 4.3

Der Sprecher der RPK, Anton Steiner, berichtet über die Arbeit der RPK. Nach der Petition aus dem Volk gab es diverse Gespräche zwischen Petitionären, der Stadt und der Kapo. Diese Bemühungen führten zu einer Kompromisslösung. Die Kapo lehnt weitere Streifen ab, der Stadtrat hält an seinen Sicherheitsüberlegungen fest. Die beantragte Auframpung ist teuer und hat weitere Nachteile (Lärm, wenig Sicherheit). Die RPK ist der Meinung, dass die Fussgängerstreifen mit allen Mitteln gefordert werden müssen und beantragt, diesen Kredit abzulehnen.

Bauvorstand Walter Epli erklärt, dass die Schulwegsicherung ein grosses Anliegen des Stadtrates ist. Es wurden verschiedene Varianten geprüft. Der Stadtrat hat sich von der Kapo und der Beratungsstelle für Unfallverhütung überzeugen lassen, dass eine Auframpung einen grösseren Schutz bietet (Temporeduktion = kürzerer Bremsweg) als ein Fussgängerstreifen (nur rechtlicher Schutz). Man sollte der Meinung der Experten Gehör schenken.

In der Folge entwickelt sich eine rege Diskussion, welche zum Ausdruck bringt, dass es die schlechteste Lösung wäre, wenn (nach Kreditablehnung) gar nichts mehr getan würde. Auf Grund der Kosten und auch der psychologischen Wirkung (Lernen der Nutzung von Fussgängerstreifen bei Kindergärten und Unterstufenschüler) wird ein Fussgängerstreifen bevorzugt. Im weiteren befürchtet man, dass bei anderen Kindergärten in Wohnquartieren nach Strassensanierungen der Fussgängerstreifen verschwindet. Auch die "wilde Anbringung" eines Fussgängerstreifen bringt nichts. Andere Gemeinden, die dies gemacht haben, mussten sie wieder entfernen.

Ernst Schmid (CVP) stellt folgenden Antrag: *"Die vorgeschlagene Ausgabe von Fr. 47'000.- wird abgelehnt. Der Stadtrat wird ersucht, den im Projekt enthaltenen Fussgängerstreifen mit Wiedererwägungsantrag und dem notwendigen Druck wieder anzubringen."*

Dieser Antrag findet grosse Unterstützung. Als weiteres Argument wird eingebracht, dass im Zusammenhang mit der Überdeckung der N11 die Oberhauserstrasse als Ausweichstrasse und Schleichweg grössere Bedeutung gewinnen wird.

Der Rückweisungsantrag wird mit 29:0 Stimmen (4 Enthaltungen) gutgeheissen.



SITZUNG VOM

8. Juni 1998

6. Nachtragskredit von Fr. 47'000 -- für die Schulwegsicherung Oberhauserstrasse/Kirchensteig

S 4.3

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag von Ernst Schmid (CVP) und den heutigen Beratungen -

BESCHLIESST:

1. Die vorgeschlagene Ausgabe von Fr. 47'000.-- wird abgelehnt und das Geschäft an den Stadtrat zurückgewiesen.
2. Der Stadtrat wird ersucht, den im Projekt enthaltenen Fussgängerstreifen mit Wiedererwägungsantrag und dem notwendigen Druck wieder anzubringen.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Bauvorstand
 - Polizeivorstand
 - Bauamt
 - Polizeiabteilung
 - Finanzverwaltung
 - Stadtingenieur
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

8. Juni 1998

7. Genehmigung der Rechnung der Stadt Opfikon für das Jahr 1997 F 4.6.6**Eintretensdebatte**

RPK-Präsident Fritz Stoll äussert sich zur Rechnung 1997, welche von unerwarteten Einnahmen aus der aktiven Steuerauscheidung sowie massiv höheren Handänderungssteuern geprägt ist. Ein Trend zum Sparen ist ersichtlich. Im Bereich der Investitionen zeigt sich, dass einmal mehr die budgetierte Summe nicht ausgeschöpft wurde, was kaum dem Sparwille, sondern eher Planungsmängeln zuzuschreiben ist.

Bei der Laufenden Rechnung wurde das budgetierte Defizit bedeutend unterschritten, was zu einer Verbesserung von schlussendlich knapp Fr. 6.8 Mio. führte. Sowohl der Personal- als auch der Sachaufwand liegen unter dem Voranschlag.

Die Einlagen in die Spezialfinanzierungen betragen insgesamt Fr. 700'000.--. Damit erhöht sich die Summe der Spezialfinanzierungen auf satte Fr. 8.4 Mio. Die RPK ist der Meinung,

- dass die Finanzlage der Stadt Opfikon infolge der grossen, bewilligten Bauvorhaben und der stagnierenden Steuererträgen angespannt bleibt. Der bereits letztes Jahr angekündigte Entscheid bezüglich Grundstück-Gewinnsteuern für das Serva-Areal hat nun die Rechnung 1997 bedeutend verbessert. Die Neubewertung der Liegenschaften auf ein Preisniveau, das heute wahrscheinlich bereits über dem Markt liegt, wirkt mindestens dämpfend bezüglich allfälliger neuer Begehrlichkeiten für weitere Investitionen und Ausgaben.
- 1997 konnten die Investitionen für die geplanten und bewilligten Vorhaben wiederum nur teilweise getätigt werden (73%). Einmal mehr wurde aber mittels gebundenen und weiteren Ausgaben das gesamte bewilligte Investitionsvolumen mehr als ausgeschöpft, was den demokratischen Spielregeln kaum entspricht - dies mindestens aus Sicht der Parlamentsmehrheit.
- Im Voranschlag 1999 - der Ende Jahr zur Beratung ansteht - sind in Anbetracht der grossen Investitionsvorhaben wiederum zusätzliche Abschreibungen im Gemeindegut vorgesehen. Umfang und Höhe ist sicher noch zu diskutieren - der Hinweis auf das Hinausschieben auf die folgende Generation hat nur bedingt Gültigkeit.
- Der Steuerfuss von 96% war infolge des rückläufigen Ertrages und der sehr umfangreichen, zusätzlichen Abschreibungen für die Rechnung 1997 nicht ausreichend. Dieses Manko kann aber mit einer Entnahme aus dem Eigenkapital kompensiert werden. Obwohl der Voranschlag 1998 auch wieder einen Ausgaben-Überschuss vorsieht und sich damit die Finanzlage noch nicht verbessert, sollte der Voranschlag 1999 trotzdem mit gleichbleibendem Steuerfuss ausgeglichen kalkuliert werden.



SITZUNG VOM

8 Juni 1998

- Der Ertrag aus den Gebühren erlaubte - mit Ausnahme des EW - in allen selbsttragenden Institutionen Einlagen in die Spezialfinanzierungen. Auch die Abfall- und Abwasserbeseitigung verfügt nun nach ihrem dritten Betriebsjahr über eine stattliche Spezialfinanzierung; eine allfällige Tarifiereduktion ist bei der Abwasserbeseitigung zu überprüfen.
- Auch bei der Trinkwasserversorgung sollte eine Gebührenreduktion geprüft werden. Gegebenenfalls ist sie mit einer allfälligen Reduktion bei der Abwasserbeseitigung zu koordinieren.
- Bei den Stromtarifen sind weitere Rabatte gewährt worden. Der Rabattsatz beträgt zur Zeit 5%. Eine weitere Reduktion ist zur Zeit kaum angebracht.

Fritz Stoll dankt dem Stadtrat und den Mitarbeitern der Stadt für die geleistete Arbeit und die schnelle und sachliche Beantwortung der gestellten Fragen. Ein spezieller Dank gebührt Alt-Stadtrat Karl Pfister für seine geleisteten Dienste für die Stadt und speziell für seinen letzten Rechnungsabschluss. Im Namen der RPK beantragt er Eintreten.

In einem längeren Referat geht Finanzvorstand Jacques Mettler auf die Rechnung ein. Er nennt die wichtigsten Zahlen und bezeichnet das Bild als erfreulich. Eine der wichtigsten Zahlen ist der Cash-Flow (Brutto-Überschuss) welcher mit Fr. 10. Mio. sehr gut ist. Sorgen bereiten ihm der Finanzausgleich, welcher aufgrund der guten Steuerkraft der Stadt Opfikon steigt und steigt. Weitere Abschöpfungen, wie der Lastenausgleich für die Stadt Zürich (Fr. 1.4 Mio. für Opfikon) müssten über die Steuern (+ 4%) finanziert werden. Wer befiehlt, der bezahlt. Der Stadtrat wird diesen Lastenausgleich jedoch bekämpfen und bittet den Gemeinderat, ihn zu unterstützen. Im weiteren zeigt es sich, dass Land- und Liegenschaftengeschäfte zur Zeit recht schwierig sind. Als wichtigste Zahl für die Finanzlage nennt Jacques Mettler das Reinvermögen. Die Finanzlage erachtet er kurzfristig als zu wenig stabil. Hier muss der Hebel angesetzt werden. Auch Jacques Mettler dankt allen für das Gelingen des Jahresabschlusses und beantragt ebenfalls Eintreten.

Für Jörg Mäder (NIO) müssen in der Zukunft zwei Ziele angestrebt werden. Die Lebensqualität muss gesteigert und die Schulden müssen abgebaut werden. Beides ist miteinander Verbunden. Bei höherer Lebensqualität werden auch mehr Steuerzahler kommen (oder bleiben).

Andreas Gadmer (FDP) berichtet, dass die Fraktion mit dem Rechnungsabschluss zufrieden ist. Eine Steuerfusserhöhung wäre - im Nachhinein gesehen - ein Diebstahl an den Steuerzahlern gewesen. Der Zürcher Finanzausgleich ist ein Ärgernis. Bei den Gebühren (Abwasser usw.) ist eine Anpassung gerechtfertigt.

Kurt Schwaighofer (CVP) findet die hohe Verschuldung nach wie vor bedenklich. Der Steuerfuss hat sich glücklicherweise bestätigt. In Zukunft darf jedoch nicht Glück die Basis dafür sein. Die Bewertung der Liegenschaften wird als entschieden zu hoch betrachtet. Nach Meinung der CVP ist die Stadt jedoch im Bereich der Finanzen auf dem richtigen Weg.



SITZUNG VOM

8 Juni 1998

Erich Weidmann (EVP/GV) erklärt, dass die Fraktion erfreut über den Jahresabschluss ist. Trotz angespannter Finanzlage sollten in Zukunft Projekte, welche zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen getätigt werden, um somit den Wegzug von weiteren guten Steuerzahlern zu vermeiden.

Leo Wehrli (SVP) erklärt, dass die SVP hinter dem RPK-Antrag stehen kann und auch für Eintreten ist. Ratspräsident Daniel Trachsler dankt ihm für das kurze Votum.

Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen (S. 101 - 125)

Pos. 15 Präsidialabteilung

Kommentar RPK: Wie dem Kommentar auf Seite K32 zu entnehmen ist, verschiebt sich noch ein kleiner Betrag ins nächste Rechnungsjahr. Seit 17 Monaten ist die Motion Brühlmann (Gebundene Ausgaben) hängig.

Pos. 20 Bauamt

Kommentar RPK: Im Bauamt wurde weniger als die Hälfte der budgetierten Investitionen ausgeführt. Unter Berücksichtigung verschiedener Umbuchungen und Rückerstattungen belaufen sich die Netto-Ausgaben noch auf ca. Fr. 330'000.-, d.h. ca. 1,5 Mio weniger Netto-Ausgaben als im Budget vorgesehen war.

Pos. 25 Städtische Werke - Wasserwerk

Kommentar RPK: Im WW wurden von den geplanten Investitionen nur ca. 20% realisiert. Der grösste Einzelposten resultiert aufgrund der geänderten Vorgehensstrategie bei der Einführung des Geographischen Informationssystems GIS.

Pos. 26 Städtische Werke - Elektrizitätswerk

Kommentar RPK: Ein Drittel der geplanten Investitionen wurden oder mussten aus verschiedenen Gründen ins nächste Jahr verschoben werden. Die relativ grossen Differenzen bei WW und EW gegenüber dem Budget beeinflussen natürlich auch die Abschreibungen im VV, die damit entsprechend geringer ausgefallen sind. Da es sich primär um aufgeschobene Investitionen handelt, werden die folgenden Rechnungen damit noch belastet werden.

Pos. 27 Städtische Werke

Kein Kommentar



SITZUNG VOM

8 Juni 1998

Pos. 35 Gesundheitsabteilung

Kommentar RPK: Die relativ sehr grosse Differenz bei den Netto-Ausgaben resp. Netto-Einnahmen von Fr. 1.5 Mio. sind primär auf die Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen. Der grösste Einzelposten von Fr. 500'000.-- betrifft die Auflösung der Rückstellung aus dem Jahre 1995 für das Projekt Vergärungsanlage im Rohr. Grundsätzlich ist hier noch ein entsprechender Antrag z.Hd. des Gemeinderates ausstehend.

Pos. 50 Schule

Kein Kommentar.

Pos. 61 Liegenschaften-Verwaltung

Kommentar RPK: S. 123; 617.5030.107 und 131. Bei beiden Vorhaben wurde aufgrund des guten Baufortschrittes 1997 mehr als geplant investiert. Damit konnte das geplante Gesamtinvestitionsvolumen einigermaßen ausgeschöpft werden.

Stadtrat Jacques Mettler erwähnt den Staatsbeitrag an den Bau der Alterssiedlung, welcher eingetroffen ist. Im Budget war kein Beitrag vorgesehen, aber auf Gesuch hin, hat der Kanton überraschenderweise ein Beitrag überwiesen.

Pos. 65 Finanzabteilung

Kommentar RPK: Die Gesamtabweichung von netto ca. Fr. 250'000.-- bei einem ausgeglichenen Voranschlag von ca. Fr. 150'000.-- ist relativ betrachtet doch beträchtlich.

In einer Zwischenabstimmung wird die Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen einstimmig genehmigt.

Investitionsrechnung im Finanzvermögen (S. 128 - 131)**Pos. 90 Liegenschaften-Verwaltung (FV)**

Kein Kommentar.

Pos. 95 Finanzabteilung (FV)

Kommentar RPK: Von den budgetierten Fr. 5 Mio. Desinvestitionen konnten nur die Hälfte realisiert werden.

Valentin Perego (FDP) erwähnt, dass mehrfach gesagt wurde, dass der Buchwert der städtischen Grundstücke zu hoch ist. Dies hat sich bei diesem - einzigen - Verkauf nicht bestätigt, konnte das Grundstück doch zum Buchwert verkauft werden.

In einer Zwischenabstimmung wird die Investitionsrechnung im Finanzvermögen einstimmig genehmigt.



SITZUNG VOM

8. Juni 1998

Laufende Rechnung (S. 10 - 100)**Pos. 10 Legislative und Exekutive**

Kein Kommentar.

Pos. 15 Präsidialabteilung

Kommentar RPK: S. 14; 1530.3151.99: Grundsätzlich sind beschlossene Budgetkürzungen unbedingt einzuhalten, andernfalls sind sie zum vornherein wegzulassen. Dem vom Parlament verlangten Sparauftrag wurde aus Sicht der RPK nur bedingt entsprochen. Dies gilt nicht nur für diese Position, auch bei vielen anderen ist die gleiche Kritik anzubringen. Die RPK und das Parlament erwarten hier nun endlich eine Kurskorrektur.

Pos. 20 Bauamt

Kommentar RPK: S. 17; 2010.3181.00: Die RPK erwartet zukünftig eine seriösere Budgetierung resp. Planung. Nicht für jeden "Hafenkäse" ist eine Expertise einzuholen!

S. 22; 2060.3806.00: Abwasserbeseitigung: Abschluss bereits erwähnt, welcher zu einer Einlage von Fr. 272'000.-- in die Spezialfinanzierung führte.

Pos. 25 Städtische Werke

Kommentar RPK: S. 26; 2530.3801.00: Wasserwerk: Abschluss bereits erwähnt, welcher eine Einlage von Fr. 415'000.-- in die Spezialfinanzierung ermöglichte.

S. 28; 2550.3800.00: Elektrizitätswerk: Die budgetierte Einlage von Fr. 227'000.-- konnte nicht erwirtschaftet werden. Die Rechnung schliesst mit einem Fehlbetrag von rund Fr. 50'000.--. Dieser Fehlbetrag geht zu Lasten des Kontos Spezialfinanzierung EW. Eine solche Entnahme ist durchaus zu vertreten. Grund für diese Unterschreitung: Rabatte auf den Strompreisen sowie Minderumsatz.

Stadtrat Jacques Mettler erwähnt die Fr. 1 Mio. zusätzlichen Abschreibungen, welche dieses Resultat ebenfalls beeinflusst hat.

Pos. 30 Allgemeine Abteilung, Jugend und Sport

Kommentar RPK: S. 32; 3215.3122.00: Diese Mehrkosten sind begründet mit dem verlängerten Badebetrieb um 4 Wochen. Leider hat sich diese Verlängerung bei den Eintrittspreisen nicht substantiell ausgewirkt.

S. 32; 3215.4346.01: Die Erwartungen wurden trotz den verschiedenen Massnahmen nicht erfüllt. Lediglich konnten die Erträge vom Vorjahr gehalten werden! Die Frage stellt sich, was darf uns das Frei- und Hallenbad kosten? Der Netto-Aufwand für diesen Betrieb beträgt über Fr. 750'000.--. Hier liegt natürlich ein beträchtliches Sparpotential.

Pos. 35 Gesundheitsabteilung

Kommentar RPK: S. 41; 3560.3804.00: Abfallbeseitigung: Abschluss bereits erwähnt, der eine Einlage von Fr. 58'000.-- in die Spezialfinanzierung ermöglichte.



SITZUNG VOM

8. Juni 1998

Pos. 40 Polizei- und Wehrabteilung

Kein Kommentar.

Pos. 45 Sozialamt

Kommentar RPK: S. 57; 4543 Cafeteria: Netto-Ertrag besser als budgetiert. Für das laufende Jahr ist ein wesentlich höherer Umsatz vorgesehen, der gemäss den ersten Erfahrungen kaum erzielt werden kann. Die RPK ist der Meinung, dass noch im Verlauf dieses Rechnungsjahres Massnahmen zur Korrektur vorgenommen werden. Entsprechende Absprachen mit dem Ressortvorsteher haben stattgefunden.

Pos. 50 Schule

Kommentar RPK: S. 72; 5054.3180.02: Die RPK begrüsst die hier erzielten Sparmassnahmen. Im Nachhinein kann sich die RPK die Frage nicht verklemmen: Wurde bis anhin das beauftragte Unternehmen vergoldet? PS: Einsparung ca. 40% resp. Rund Fr. 13'000.--. Weitere solche Kostenoptimierungen sind natürlich sehr gefragt!

Pos. 55 Übrige Behörden und Amtsstellen

Kein Kommentar.

Pos. 60 Finanzabteilung - Liegenschaften

Kommentar RPK: Situation bereits im Abschied der RPK festgehalten. Nämlich:

6020.4006.00	Aktive Steuerauscheidung	+ Fr. 6.2 Mio.
6020.4040.00	Handänderungssteuer	+ Fr. 3.7 Mio.
6020.4030.00	Grundstückgewinnsteuer	- Fr. 3.8 Mio.

Heinrich Eberhard (SVP) erkundigt sich über die aktiven Steuerauscheidungen. Wie werden die Erhebungen gemacht (Fragebogen?) und wie sieht es mit Rekursen aus?

Stadtrat Jacques Mettler erklärt, dass dies eine sehr komplexe Materie ist. Es gibt verschiedene Berechnungssysteme (Gewinn, Lohnsumme, Raumvolumen). Rekurse sind ihm keine bekannt.

Pos. 61 Finanzabteilung - Liegenschaften

Kein Kommentar RPK.

Jörg Mäder (NIO) erkundigt sich nach den Zahlen auf S. 83; 6116.3120.00. Aus diesen Zahlen wird er nicht schlau. Die Differenz zwischen Budget und Rechnung ist gross und war schon 1996 absehbar. Woran liegt das?

Stadtrat Jacques Mettler erklärt dies mit der neuen Heizung. Es konnten so bei den Heizmaterialien Einsparungen gemacht werden, während aber beim Strom ein Anstieg vorliegt. Die Differenz zu 1996 kann er sich nicht erklären. Eine Antwort folgt schriftlich.



SITZUNG VOM

8. Juni 1998

Pos. 65 Finanzabteilung - Verwaltung

Kommentar RPK: S. 99; 6525.3410.00: Steuerkraft-Ausgleichbetrag: Fr. 6.35 Mio. Weiterer Anstieg für 1998! Zudem sind weitere Leistungsabgeltungen in der Pipeline (z.G. Stadt Zürich). Es ist gewaltig, was da auf die Stadt zukommt.

In einer Zwischenabstimmung wird die Investitionsrechnung im Finanzvermögen einstimmig genehmigt.

In der Schlussabstimmung wird die Jahresrechnung 1997 einstimmig (33:0) genehmigt.

7. Genehmigung der Rechnung der Stadt Opfikon für das Jahr 1997

F 4.6.6

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 17. Februar 1993 und der Rechnungsprüfungskommission vom 12. Mai 1998 -

BESCHLIESST:

1. Die Guts- und Sonderrechnung der Stadt Opfikon für das Jahr 1997 werden genehmigt.
2. Der Aufwandüberschuss von Fr. 3'838'841.41 wird dem Kapitalkonto belastet.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Bezirksrat Bülach
 - Stadtrat
 - Finanzvorstand
 - Werkvorstand
 - Schulpflege
 - Fürsorge- und Vormundschaftsbehörde
 - Städtische Werke
 - Finanzverwaltung
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

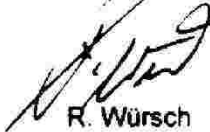
8. Juni 1998

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Daniel Trachsler macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 9. Juni 1998

Für richtiges Protokoll
Der Ratsekretär:



R. Würsch



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 52 -

SITZUNG VOM

8. Juni 1998

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:

D. Trachler

10.6.98

Der 1. Vizepräsident:

A. Schi

15.6.

Der 2. Vizepräsident:

P. Bally

12.6.98

